

DIAS-Kommentar

Nr. 110 • Juli 2007

Dr. Michaela Hertkorn

Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU- Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU Ratspraesidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach Abschluß der Deutschen EU Ratspräsidentschaft einmal mehr betont, daß sie ein Europa der zwei oder mehreren Geschwindigkeiten für keine taugliche Option halte. Damit blieb die Bundeskanzlerin einem Kurs in der Außen- und Europapolitik verpflichtet, der sich bereits vor ihrem Amtsantritt im Herbst 2005 abzeichnete. Damals, im Sommer 2005, noch in der Opposition und nach einem ersten Besuch in Paris, betonte sie, die Deutsch-Französischen Beziehungen seien von zentraler Bedeutung für die weitere Europäische Integration; jedoch dürfe die bilaterale Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich nicht zu Lasten anderer, kleiner Europäischer Nachbarstaaten gehen, oder die Debatte über die gemeinsame Zukunft Europas dominieren. Das Dilemma, dem sich die Europäische Union seit Jahren gegenüber sah, läßt sich verkürzt wie folgt auf den Punkt bringen: 'Vertiefung' oder 'Integration' auf der einen Seite standen der fortschreitenden 'Erweiterung' der Union auf der anderen Seite gegenüber; was so viel bedeutete, als daß die Institutionen der EU zuerst reformiert werden sollten, bevor weiteren EU Anwärtern die Möglichkeit für Aufnahmeverhandlungen mit der EU gegeben würde.

Institutionell stellen die nunmehr 27 Mitgliedsstaaten nicht zuletzt den Europäischen Rat bei jeder Abstimmung und jedem Entscheidungsfindungsprozess vor größere Herausforderungen, als dies bei einer Union von noch 15 Mitgliedern der Fall war. Und Verhandlungen zur EU Verteilungspolitik von Agrarsubventionen kommen angesichts von zwölf neuen Mitgliedern seit 2004, bzw. 2007, wohl einem 'Tanz auf dem EU-Vulkan' gleich.

Die scheinbar endlosen Diskussionen der letzten Jahre um eine künftige EU Verfassung beleben die mannigfaltigen institutionellen Probleme. Als im Jahre 2005 die EU Verfassung sowohl von den Holländern, als auch den Franzosen in einem Referendum abgelehnt wurde, stürzte dies EU Politiker und all jene, die eine weitere Vertiefung der EU und deren Institutionen für erstrebenswert hielten, in einigermaßen tiefe Ratlosigkeit. 'Quo vadis' Europa, nach dem Holländischen 'nee' und dem Französischen 'non'? Wie sollte die Ablehnung in zwei Gründer-Mitgliedsstaaten gewichtet werden? Die Deutsche EU Ratspräsidentschaft strebte die 'Rettung' der EU Verfassung an. Dabei ist zu betonen, daß der ursprüngliche Verfassungstext mit seinen mehr als 400 Seiten durchaus vernünftige institutionelle Reformen vorsah, so zum Beispiel die Stärkung des Europäischen Parlamentes - was wiederum das Demokratiedefizit der Union verringert hätte. Weitere Änderungsvorschläge drehten sich um eine längere Dauer für die rotierende EU Ratspräsidentschaft sowie um die Zusammenlegung des Amtes des Hohen Vertreters einer Gemeinsamen EU Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb des EU Rates mit der Funktion des Kommissares für externe Beziehungen innerhalb der EU Kommission. Vorgesehen war hierbei gerade auch die Schaffung eines gemeinsamen EU Außenministers.

Wesentliche Eckpunkte des neuen Reformvertrages, auf den sich die EU Mitglieder nach einigem diplomatischen Tauziehen während des Deutschen EU Gipfels nunmehr geeinigt haben, betreffen die folgenden notwendigen und sinnvollen institutionellen Reformen: eine Ratspräsidentschaft, die statt nur sechs Monaten wie bisher künftig zweieinhalb Jahre dauern soll; einen Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik der gesamten Union; eine Reduzierung der Gesamtzahl der Kommissare innerhalb der EU Kommission von bisher 27 auf 15 im Jahre 2014. Hierin bestand einer der wesentlichen Streitpunkte zwischen den größeren und älteren Mitgliedsstaaten auf der einen Seite und den kleineren und neuen Mit-

gliedstaaten auf der anderen Seite. So war es doch gerade die EU Kommission, in der sich die kleineren EU Mitgliedsländer stärker repräsentiert sahen.

Was nun, im wesentlichen, unterscheidet den jetzigen Reformvertrag von der bisherigen 'EU Constitution', möchte man fragen? Die augenscheinlichste Antwort liegt in der Länge des Dokumentes. Das von vielen Gegnern – Politikern, Bürgern, Wissenschaftlern, Journalisten und Bloggern zugleich - bemängelte ursprüngliche Verfassungsdokument umfaßte insgesamt 485 Seiten. Um den Inhalt der EU Verfassung zum Beispiel Studenten in Kursen zur Europapolitik schlüssig zu erläutern, hätte es zumindest eines vollständigen Ausdruckes der gesamten Verfassung bedurft, wozu sich die Sekretärin oder der Sekretär des entsprechenden Lehrstuhles selten bereit erklärte. Somit blieb es selbst im akademischen Umfeld bei kurzen Exkursionen in die 'EU Verfassungs-Unübersichtlichkeit'.

Was also im Jahre 2004 als hart erkämpfter Kompromiß erreicht und zwischen den Regierungsvertretern der damaligen EU Mitgliedsstaaten vereinbart wurde, erlitt im Jahre 2005 nicht umsonst eine Niederlage. Damals erteilten die Bürger zweier Länder, in welchen ein Referendum stattfand, der EU Verfassung, welche dem Bürger Europas die Institutionen der EU keineswegs näher zu bringen schien, eine deutliche und für EU Bürokraten, peinliche, Absage. Ein Französischer Blogger und Rechtsanwalt aus Marseille betitelte sein im Internet der Europäischen und Weltöffentlichkeit zur Verfügung gestelltes Manifest denn auch: "Une mauvaise constitution qui révèle un secret cancer de notre démocratie" – eine schlechte Verfassung, die ein 'Krebsgeschwuer an unserer Demokratie' verborgen hält. In einem mehr als 25 seitigen Dossier wird eindrücklich und mit viel juristischer Scharfsinnigkeit dargelegt, warum der aufgeklärte 'citoyen' kein Dokument 'unterzeichnen' und ihm somit zustimmen soll, wenn er selbiges qua seiner Länge, Komplexität und Verkläuserungen im Grunde gar nicht zu verstehen mag. Insgesamt listet der Autor aus Südfrankreich 48 Gründe oder Risiken für die Demokratie in den einzelnen Mitgliedsländern, sollte die EU Verfassung in ihrer Version von 2004 ratifiziert werden.

Warum also befaßte sich die Deutsche EU Ratspräsidentschaft schwerpunktmäßig damit, die EU Verfassung zu retten oder am Leben zu erhalten? Wie am 27. Juni aus dem Deutschen Kanzerlamt vermeldet wurde, konnte nach zähen Verhandlungen die Substanz der einst oder zuvor gescheiterten Verfassung erhalten werden. Und obgleich die ursprüngliche Idee eines gemeinsamen EU Außenministers aufgegeben wurde, bedeute die Einigung auf einen gemeinsamen Vertreter für die Europäische Außenpolitik ein 'politischer Quantensprung'. Große Fortschritte unter der Deutschen EU Ratspräsidentschaft seien außerdem im Bereich der Klima- und Energiepolitik erzielt worden. In diesem Zusammenhang einigten sich die EU Mitgliedsstaaten darauf, in Sachen integrierter Klima- und Energiepolitik weltweit die Vorreiterrolle zu übernehmen, um eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entschlossen angehen zu können. Festgehalten werden muß an dieser Stelle auch, daß wichtige Absprachen in Sachen Klimaschutz bereits während des von Deutschland abgehaltenen G8 Gipfels in Heiligendamm stattfanden.

Ein Artikel des Economist vom 23. Dezember 2006 argumentierte, die Deutsche EU Ratspräsidentschaft verwende voraussichtlich zu viel ihrer Energie auf die Rettung der EU Verfassung. Dies mache umso weniger Sinn, als daß sowohl in Großbritannien, als auch in Frankreich Regierungswechsel anstünden. Befand sich die Deutsche EU Präsidentschaft somit zumindest zeitweise in der 'Verfassungs-Falle'? Manches deutet darauf hin: In einem ersten bilateralen Treffen zwischen Merkel und Frankreich's neuem Präsidenten, Nicolas Sarkozy, am 16. Mai 2007, stand die EU Verfassung und die 'Sackgasse', in welche sich die Diskussion um eine gemeinsame Verfassung hineinmeneuvriert hatte, 'hoch oben auf der Gesprächsagenda'. Bemerkenswert überraschend dann die Erklärung der Bundesregierung vom 20. Juni

2007, welche die Weltöffentlichkeit wissen ließ, die Deutsche Ratspräsidentschaft werde den EU Partnern am kommenden Gipfel den Vorschlag unterbreiten, die Verfassung aufzugeben. Offensichtlich war in einer Reihe von bilateralen Gesprächen klar geworden, daß der Widerstand gegen eine Aufgabe des einstigen Verfassungsdokumentes gebrochen oder endgültig gewichen war.

Wie sich jedoch die Europäische Union in der Welt als globaler Akteur behaupten wird, hängt nicht zuletzt auch von der Fähigkeit der Union ab - ob nun als künftige politische Föderation, oder weiterhin als 'Club der souveränen Nationalstaaten' – sich in institutionellen Dingen zu einigen, um sich auf wesentlichere, inhaltliche Dinge konzentrieren zu können. Schließlich trägt die EU des 21. Jahrhundert in nicht unerheblichem Maße zu friedenswahrenden Einsätzen in den unterschiedlichsten Regionen, unter anderem im Süden des Libanons oder in der Demokratischen Republik des Kongos bei. Ein anderer Themenschwerpunkt in diesem Zusammenhang berührt die gemeinsame Energiepolitik Europas, um Europas Abhängigkeit von einem energiereichen, jedoch zunehmend unberechenbaren Rußland zu reduzieren. Die Beweggründe für den in Heiligendamm von Präsident Putin gemachten Vorschlag, die Basen für das von den Amerikanern geplante Raketenabwehrsystem, statt in Osteuropa in Azerbaijan zu errichten, erschließen sich von selbst, vergewissert man sich der Tatsache, daß die einzige, von Rußland unabhängige Gas- und Erdöl 'Nabuko-Pipeline' von Baku, Azerbaijan aus, über Georgien in die Türkei und ultimativ nach Europa führen soll.

Während also institutionelle Reformen angesichts der steigenden EU Mitgliederzahl von Bedeutung sind, sollte dies nicht zu einer Vernachlässigung geo-politischer und -strategischer Ziele führen. Hier ist vor allem an die fortschreitende Erweiterung der EU zu denken. Während künftige EU Mitgliedschaften, die über Kroatien hinausgingen, noch vor wenigen Wochen an die Ratifizierung der einstigen EU Verfassung geknüpft waren, scheint der nun gewonnene Konsens bezüglich des Reformvertrages künftigen Mitgliedsverhandlungen neues Momentum zu verschaffen. Ob sich dies auf die Verhandlungen bezüglich der Türkischen EU Mitgliedschaft auswirken dürfte, ist allerdings fraglich. So kam es nicht überraschend, als Sarkozy, der sich im Französischen Wahlkampf gegen eine EU Mitgliedschaft der Türkei ausgesprochen hatte, just nach der Einigung auf den Europäischen Reformvertrag erneut die Mitgliedschaft der Türkei ablehnte.

Insgesamt scheint der Abschied von der ehemaligen EU Verfassung aber einer Abkehr vom Deutschen Konzept einer 'Föderation Europäischer Nationalstaaten' nach den Vorstellungen des früheren Deutschen Außenministers, Joschka Fischer, gleichzukommen.

Zwar sieht der jetzige Reformvertrag immer noch institutionelle Reformen vor. Jedoch sollen diese in erster Linie die Effizienz einer 'EU von 27' garantieren, nicht jedoch die Union in einen einzigen Nationalstaat verwandeln, der dann zur machtpolitischen Herausforderung für die Vereinigten Staaten von Amerika werden könnte. Hierin liegt die entscheidende Kursänderung von Gerhard Schröder zu Angela Merkel. Die Auswirkungen der Marschrichtung betreffen die Deutsche Europapolitik sowie die innereuropäische Dynamik und die transatlantischen Beziehungen. Während Europa vor wenigen Jahren bezüglich der künftigen transatlantischen Beziehungen gespalten war, so sind diese derzeit von großem Pragmatismus geprägt – nicht zuletzt auch wegen der zunehmend bedrohlichen Lage im weiteren Mittleren Osten. Hierauf wird nicht zuletzt in der vom Bundeskanzleramt verfaßten Bilanz der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft hingewiesen. Bei einem gemeinsamen Gipfel zwischen den USA und der Europäischen Union im April 2007 wurde die Idee einer künftigen gemeinsamen freien transatlantischen Handelszone (TAFTA) besprochen. Es ist nicht zuletzt Deutscher Außenpolitik unter der jetzigen Regierung zu verdanken, daß sich sowohl die transatlantischen, als auch innereuropäischen Spannungen während der vergange-

nen ein bis zwei Jahren gelegt haben, und daß sich vor allem die Amerikanische Regierung unter George W. Bush zum ersten Male einer gemeinsamen Politik zum Klimaschutz während des G8 Gipfels in Heiligendamm offen gegenüber zeigte. Der Erfolg Deutscher Außen- und Europapolitik in den vergangenen Monaten liegt demnach vor allem in einer Reintegrierung der beiden untrennbar miteinander verbundenen Säulen Deutscher Außenpolitik seit Ende des Zweiten Weltkrieges: konstruktive transatlantische Beziehungen auf der einen Seite, verbunden mit konstruktiven und ausgewogenen innereuropäischen bilateralen Beziehungen mit allen Nachbarn.

DIAS-Kommentare

- 1 Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélemy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155. jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

37	Jessica Heun Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt...	17. Februar 2005
38	Dustin Dehez Umfassender Schutz für Truppe und Heimat?	01. März 2005
39	Dimitrios Argirakos Über das Wesen der Außenpolitik	02. Mai 2005
40	Babak Khalatbari Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost	02. Mai 2005
41	Panagiota Bogris Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen	09. Mai 2005
42	Jessica Heun Quo vadis Roma?	17. Mai 2005
43	Patricia Stelzer Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz	27. Mai 2005
44	Daniel-Philippe Lüdemann Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations	02. Juni 2005
45	Dr. Michaela Hertkorn France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations	03. Juni 2005
46	Babak Khalatbari Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt	04. Juni 2005
47	Edward Roby A hollow economy	13. Juni 2005
48	Patricia Stelzer Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu	02. Juli 2005
49	Lars Mammen Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismuspolitik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union	08. Juli 2005
50	Daniel Pahl Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran	19. Juli 2005
51	Michaela Hertkorn An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London	22. Juli 2005
52	Dustin Dehez Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?	24. Juli 2005
53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005
54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005

55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht sich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006

74	Ulf Gartzke What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehéz Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Gartzke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehéz Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehéz Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenradt A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006

92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mystery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey' s Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007
106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007
108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007

111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfürth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfürth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008

130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira-Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September 2008
142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009
145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck The Legacy of the Nation – State in East Asia	29. März 2009
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009
149	Christopher Radler Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idás	28. Oktober 2009

150	Rana Deep Islam Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse	13. Dezember 2009
151	Edward Roby Devil gas takes blame for death and taxes	16. Dezember 2009
152	Vinzenz Himmighofen Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt	15. Januar 2010

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org